Professor
Dr. Kai Maaz

Blickwinkel

Chancen-gerechtigkeit im deutschen Bildungssystem

Organisation
der Vereinten Nationen
für Bildung, Wissenschaft
und Kultur

Deutsche
UNESCO-Kommission

Prof. Dr. Kai Maaz ist Direktor der Abteilung „Struktur und Steuerung des Bildungswesens“ am Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt a.M. und zugleich Professor für Soziologie mit dem Schwerpunkt Bildungssysteme und Gesellschaft an der Goethe-Universität. Als Sprecher der Autorengruppe hat er den Bericht „Bildung in Deutschland 2016“ mitverantwortet. Er ist Mitglied im Fachausschuss Bildung der Deutschen UNESCO-Kommission.

Chancengerechtigkeit im deutschen Bildungssystem

Prof. Dr. Kai Maaz,
Direktor der Abteilung „Struktur und Steuerung des Bildungswesens“ am Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung und Mitglied im Fachausschuss Bildung der Deutschen UNESCO-Kommission

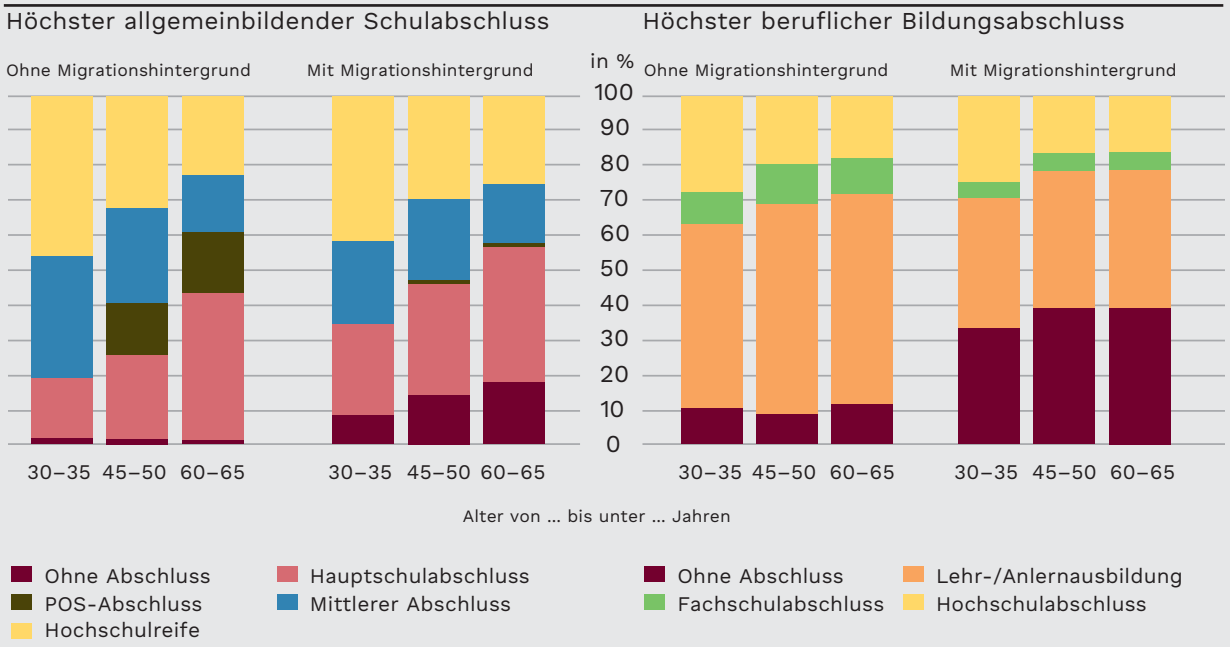
Im September 2015 verabschiedeten die Vereinten Nationen zentrale Ziele nachhaltiger Entwicklung. Damit wurde eine globale Bildungsagenda für die Jahre 2016 bis 2030 formuliert, deren Bildungsziel lautet: „bis 2030 für alle Menschen inklusive, chancengerechte und hochwertige Bildung sicherstellen sowie Möglichkeiten zum lebenslangen Lernen fördern“. Wie ist dieses Ziel hinsichtlich des aktuellen Zustands des deutschen Bildungssystems einzuordnen? Einen Überblick über Entwicklungen in allen Bereichen des Bildungssystems gibt der alle zwei Jahre erscheinende Nationale Bildungsbericht. Die folgende Darstellung greift auf Analysen des aktuellen Berichts zurück (Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2016).

Folgt man der Analyse des nationalen Bildungsberichts 2016, so befindet sich das deutsche Bildungssystem gegenwärtig in einer Situation zwischen Bildungsexpansion und Bildungsintegration. In einer Vielzahl von Bildungsbereichen sind in den vergangenen Jahren wichtige strukturelle Veränderungsprozesse eingeleitet worden: vom Ausbau der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung über Ganztagsschulen bis hin zu schulstrukturellen Veränderungen im Sekundarbereich I sowie zu der Inklusion von Kindern und Jugendlichen. Trotz dieser positiven Entwicklung steht das deutsche Bildungssystem auch künftig vor großen Herausforderungen, die sich in sechs Handlungsfeldern für Bildungspolitik und Bildungsinstitutionen beschreiben lassen.

Anhaltende Expansion zu höherer Bildung und Probleme im unteren Bildungsbereich

In allen Bereichen des Bildungssystems zeigt sich ein anhaltender Trend zu mehr Bildung – sowohl bei der Bildungsbeteiligung als auch bei den Ergebnissen von Bildungsprozessen. Mehr Kinder nutzen das Angebot frühkindlicher Bildung. Die Nachfrage von höher qualifizierenden Schularten und den dort erreichbaren Abschlüssen steigt, ebenso die Anzahl von Jugendlichen, die die Schule mit Hochschulreife verlassen. Auch im Weiterbildungsbereich setzt sich der positive Entwicklungstrend fort. Die Erfolge dieser Bildungsexpansion lassen sich an den Bildungsabschlüssen ablesen: Je jünger die Menschen, desto höher ist ihr erreichter Bildungsstand. In der Generation der 60- bis unter 65-Jährigen hat zum Beispiel weniger als ein Fünftel der Bevölkerung einen Hochschulabschluss erworben. Bei den 30- bis unter 35-Jährigen ist es bereits ein Viertel (vgl. Abb. 1). Hier unterscheiden sich auch die Bildungserfolge von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund kaum noch.

Abb. 1: Bildungsabschlüsse der Bevölkerung ab 15 Jahren 2014 nach Altersgruppen und Migrationshintergrund (in %)



Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2016, S. 44.

Jedoch profitieren nicht alle gleichermaßen von der steigenden Bildungsbeteiligung. Besonders im unteren Qualifizierungsbereich bleiben Probleme bestehen. Zu viele Jugendliche und junge Erwachsene erwerben maximal einen Hauptschulabschluss. Der Anteil von Personen ohne beruflichen Abschluss hat sich insgesamt nur geringfügig verändert (vgl. Abb. 1). Personen mit Migrationshintergrund sind trotz positiver Entwicklungen mehr als dreimal so häufig von Ausbildungslosigkeit betroffen wie Personen ohne Migrationshintergrund. Der Trend im unteren Qualifikationsbereich könnte sich vor dem Hintergrund der aktuellen Migrationsentwicklung in Zukunft noch verstärken.

Auf die Gruppe der formal gering oder nicht Qualifizierten ist weiterhin verstärkt der bildungspolitische Blick zu richten. Von besonderer Bedeutung bleibt dabei die Gestaltung der Schnittstellen individueller Bildungsverläufe, insbesondere zwischen dem ersten allgemeinbildenden (Haupt-)Schulabschluss, der Berufsvorbereitung im Übergangssystem und der Berufsausbildung.

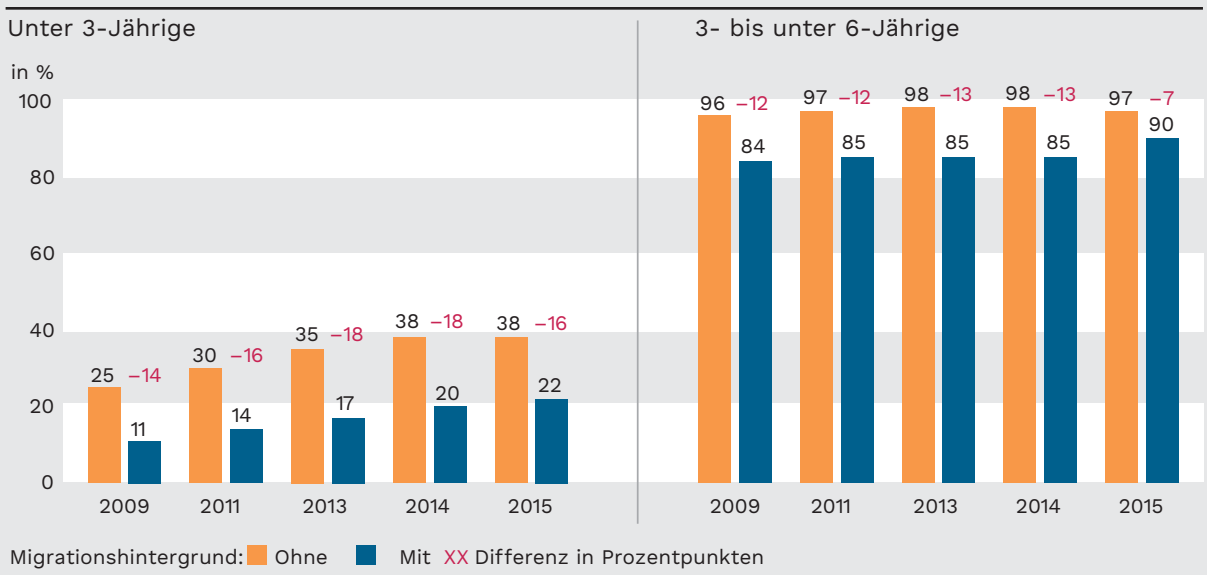
Die Kompetenzstände der Jugendlichen haben sich in den letzten 15 Jahren in fast allen untersuchten Domänen leicht aber kontinuierlich verbessert. Der Anstieg der mittleren Kompetenzen ist insbesondere auf Verbesserungen bei Jugendlichen aus weniger sozial begünstigten Familien sowie von Jugendlichen aus Familien mit Migrationshintergrund zurückzuführen. Dieser positive Trend darf jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass der Anteil der Jugendlichen, die am Ende der Vollzeitschulpflicht über unzureichende Kompetenzstände in den Basiskompetenzen verfügen und damit Probleme beim Übergang in eine vollqualifizierende Ausbildung und später in das Erwerbssystem bekommen, mit 15 Prozent weiterhin zu groß ist.

Soziale Disparitäten als bekanntes, anhaltendes Strukturproblem

Der enge Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg ist weiterhin beständig und in allen Bildungsbereichen ausgeprägt. Dies bezieht sich sowohl auf Partizipationsmerkmale beim Zugang zu institutionalisierten Bildungsangeboten im frühkindlichen Bereich bis hin zur Weiterbildung im Erwachsenenalter als auch auf den Kompetenzerwerb.

Angebote im frühkindlichen Bereich wurden in den letzten Jahrzehnten deutlich ausgebaut. Dabei gibt es sowohl Unterschiede in der Wahrnehmung dieser Angebote zwischen den unter 3-Jährigen und den 3- bis unter 6-Jährigen als auch nach Ost- und Westdeutschland. Während Beteiligung bei den 3- bis unter 6-Jährigen gegen 100 Prozent geht, liegt die der unter 3-Jährigen deutlich darunter. Darüber hinaus sind die Beteiligungsquoten in Ostdeutschland durchweg höher als in Westdeutschland. Unterschiede lassen sich weiterhin nach sozialer Herkunft und dem Migrationshintergrund zu Ungunsten von Kindern aus sozial schwächeren Familien und Kindern mit Migrationshintergrund feststellen. Seit Anfang der 1990er Jahre lässt sich bis 2004 ein Anstieg der Bildungsbeteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund im Alter von 3 Jahren bis zum Schuleintritt beobachten. Nach 2009 flachen die Beteiligungszuwächse deutlich ab und sind erst in jüngster Zeit auf 90 Prozent angestiegen (vgl. Abb. 2). Bei den unter 3-jährigen Kindern verdoppelte sich die Bildungsbeteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund zwischen 2009 und 2015 zwar von 11 auf 22 Prozent (vgl. Abb. 2). Allerdings hat sich der Abstand bei der Quote der Bildungsbeteiligung zwischen den Kindern mit und ohne Migrationshintergrund bis 2014 vergrößert. Dies lässt sich auf eine vergleichbare gestiegene Bildungsnachfrage bei Kindern ohne Migrationshintergrund zurückführen.

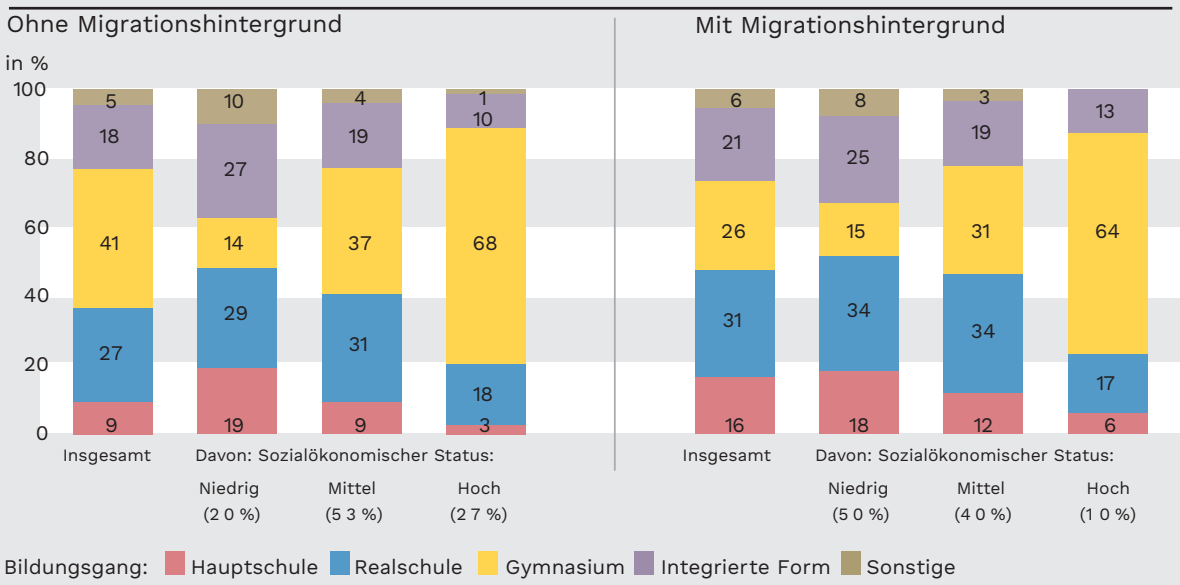
Abb. 2: Quote der Bildungsbeteiligung von unter 6-Jährigen in Tageseinrichtungen und Tagespflege* 2009, 2011, 2013 bis 2015 nach Migrationshintergrund (in %)



Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2016, S. 171.

Ungleichheiten der Bildungsbeteiligung, insbesondere an den verschiedenen Bildungsgängen in der Sekundarstufe I sind in Deutschland stark ausgeprägt und trotz positiver Entwicklungen äußerst stabil. Die Abbildung 3 zeigt in komprimierter Weise Bildungsungleichheiten sozialer und migrationsspezifischer Art. Betrachtet man die Beteiligung am Bildungsgang Gymnasium, wird erkennbar, dass die Beteiligungsquote mit höher werdendem sozioökonomischen Status steigt und die Beteiligung am Bildungsgang Hauptschule im Gegenzug fällt. Dieser Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungsbeteiligung lässt sich für Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund beschreiben. Betrachtet man des Weiteren die Beteiligung dieser beiden Gruppen insgesamt, fällt eine geringere Gymnasialbeteiligung und eine höhere Hauptschulbeteiligung bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf. Die gemeinsame Betrachtung der Merkmale sozioökonomischer Status und Migrationshintergrund zeigt aber, dass sich Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund mit vergleichbarem sozioökonomischem Status weder bei der Gymnasial- noch bei der Hauptschulbeteiligung voneinander unterscheiden. Die in der Population beschreibbaren Unterschiede sind demnach auf den sozioökonomischen Status der Jugendlichen zurückzuführen. Wie kommt es nun, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund trotzdem anteilig häufiger einen Hauptschulbildungsgang und seltener einen Gymnasialbildungsgang besuchen? Die Erklärung liefern die unter dem sozioökonomischen Status in Klammern stehenden Zahlen. Diese besagen, dass von den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund jeder fünfte aus der Gruppe „Niedriger sozioökonomischer Staus“ kommt, während es bei den Jugendlichen mit Migrationshintergrund jeder zweite Jugendliche ist. Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund unterscheiden sich also in zentralen sozioökonomischen Merkmalen zuungunsten von Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Abb. 3: Verteilung der 15-jährigen Schülerinnen und Schüler auf die Bildungsgänge 2012 nach Migrationshintergrund* und sozioökonomischem Status** (in %)



* Mindestens ein Elternteil im Ausland geboren.

** Für alle Jugendlichen wurde der Index für den höchsten beruflichen Status der Familie gebildet (HISEI). Es werden die 25 % der Jugendlichen mit den höchsten Indexwerten (Hoch) mit den 50 % mit mittleren (Mittel) und den 25 % mit den niedrigsten Indexwerten (Niedrig) verglichen. Die Kategorie Insgesamt entspricht nicht der Summe dieser Aufstellung, da hier zusätzlich Jugendliche ohne gültige HISEI-Angaben einbezogen werden.

Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2016, S. 174.

Regionale Disparitäten als bekanntes, sich verschärfendes Strukturproblem

Auch regional haben Kinder und Jugendliche unterschiedliche Startvoraussetzungen ins Bildungssystem. Regionale Differenzen prägen sich innerhalb Deutschlands immer stärker aus, auch das Bildungssystem ist von der Unterschiedlichkeit der Entwicklungen gekennzeichnet.

So variiert zum Beispiel der Bildungsstand der Bevölkerung zwischen den einzelnen Ländern. Die Differenz zwischen dem Land mit dem höchsten Bevölkerungsanteil mit Hochschulreife, Hamburg, und dem Land mit dem niedrigsten Anteil, Mecklenburg-Vorpommern, betrug im Jahr 2014 28 Prozentpunkte. Der Anteil der Personen ohne beruflichen Bildungsabschluss reicht von 6 Prozent in Thüringen bis zu 24 Prozent in Bremen, sodass die Differenz mit jetzt 18 Prozentpunkten noch etwas höher ist als zehn Jahre zuvor. Deutliche regionale Unterschiede gibt es auch bei den 30- bis unter 35- Jährigen ohne beruflichen oder ohne allgemeinbildenden Abschluss. Hier sind die Anteile in städtischen Verdichtungsräumen besonders hoch.

Die regionale Betrachtungsperspektive muss je nach Bildungsbereich unterschiedlich ausgerichtet sein: Ist es in der frühkindlichen Bildung und Grundschule noch das engere Wohnumfeld, so erweitert sich die Region bereits im Bereich der Sekundarschule. Für die berufliche Bildung ist der Blick eher auf strukturell verknüpfte Wirtschaftsräume zu richten, bei denen Ländergrenzen keine Relevanz haben müssen. Letzte zeigen in besonderer Weise ungleiche Bedingungen beim Übergang in eine vollqualifizierende Ausbildung. Unterschiede zu erkennen und ausgleichend auf sie zu reagieren, bleibt eine zunehmend wichtiger werdende Anforderung für alle Beteiligten in der Bildungspolitik und der Bildungspraxis. Mit Blick auf die Zielfunktionen des Bildungssystems wird eine proaktive regionale Bildungspolitik immer wichtiger.

Verschiebungen in der Qualifikationsstruktur

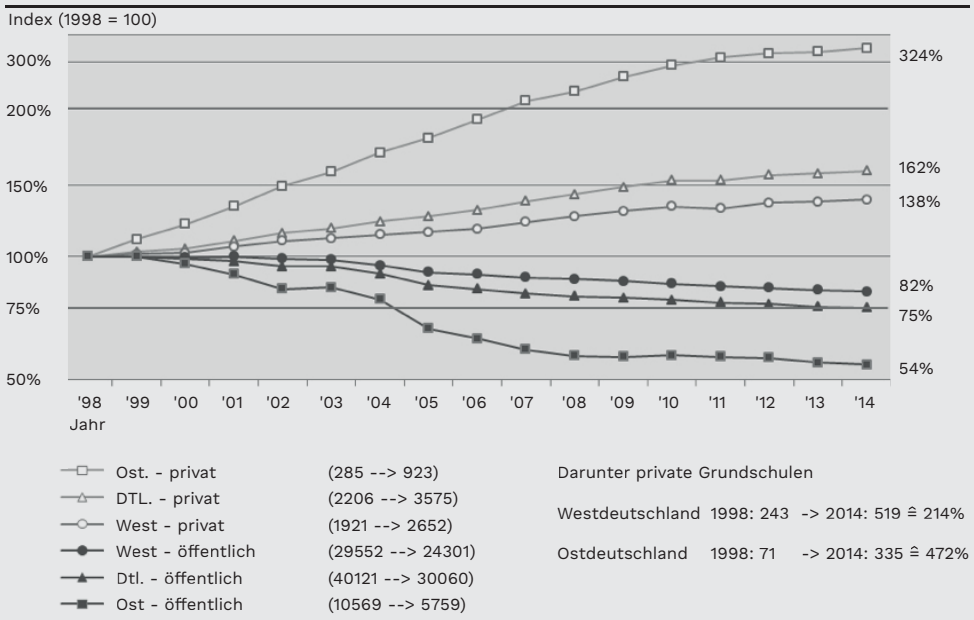
Neben den beschriebenen sozialen und regionalen Disparitäten zeichnen sich mit den Verschiebungen in der Qualifikationsstruktur und Veränderungen in der Ausbildungsnachfrage weitere Herausforderungen ab. So wandelt sich das Verhältnis von dualer Ausbildung und Hochschulstudium dahingehend, dass junge Erwachsene vermehrt ein Hochschulstudium anstreben und die Neuzugänge in Berufsausbildungen rückläufig sind. Ein Blick auf die langfristige Entwicklung (seit 1995) macht sichtbar, dass die beiden vollqualifizierenden Ausbildungssektoren seit Langem einer relativ stagnierenden beziehungsweise rückläufigen Dynamik folgen, die auch bei demografisch bedingt unterschiedlichen Nachfragezahlen bestehen bleibt. Demgegenüber steigen die Zahlen der Studienanfängerinnen und -anfänger kontinuierlich. Die Studienanfängerzahl liegt 2015 mit über einer halben Million wieder sehr hoch. Trotz dieser deutlichen Expansion im Hochschulbereich wirken auch bei der Studienaufnahme soziale Herkunftseffekte und erweisen sich auch an dieser späten Übergangsschwelle als äußerst beständig.

Ungeklärt sind die möglichen Folgen dieser Verschiebungen in der Qualifikationsstruktur. In der öffentlichen Debatte in Deutschland wurde daher in den vergangenen Jahren das Verhältnis zwischen dualer Ausbildung und Hochschulbildung verstärkt thematisiert. Hier ist zukünftig auf notwendige Differenzierungen zu drängen und der Frage nachzugehen, ob und wie weit neue Segmentationslinien und soziale Ungleichheiten entstehen. Zu klären ist beispielsweise, welche Auswirkungen der Trend zur Hochschulbildung sowohl für die berufliche Ausbildung als auch für das Hochschulsystem hat und ob er zu neuen Ausbildungsstrukturen führt, wie zum Beispiel duale Hochschulstudiengänge, neue Formen der Durchlässigkeit und des Hochschulzugangs.

Bedarfsgerechtigkeit des Öffentlichen Bildungssystems als Problem

Des Weiteren hat der Trend zur Gründung von privaten Bildungseinrichtungen in den letzten Jahren angehalten. Die deutlichste Dynamik lässt sich für den Schulbereich beschreiben. Im Schuljahr 2014/15 waren circa 11 Prozent der allgemeinbildenden Schulen in privater Trägerschaft. Damit ist die Zahl von privaten Schulen im allgemeinbildenden Schulsystem insgesamt von 2.206 im Jahr 1998 auf 3.575 im Jahr 2014 gestiegen, wobei sich Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland zeigen. Wie die Abbildung 4 zeigt, hat sich besonders in den ostdeutschen Bundesländern die Zahl der privaten Schulen in dieser Zeitspanne mehr als verdreifacht. Hingegen ist das Angebot öffentlicher Schulen kontinuierlich zurückgegangen und hat sich mittlerweile fast halbiert. Diese Entwicklung ist auch auf

Abb. 4: Entwicklung der Zahl der allgemein bildender Schulen in öffentlicher und freier Trägerschaft 1998 bis 2010 in West- und Ostdeutschland (Index)



Quelle: Kühne & Kann, 2011, Jahre 2011 – 2014 ergänzt.

die unterschiedlichen Traditionen von Ost- und Westdeutschland zurückzuführen, da vor der deutschen Wiedervereinigung in den ostdeutschen Bundesländern Privatschulen sehr selten anzutreffen waren. Auch im Hochschulbereich lässt sich eine Expansion privater Anbieter, insbesondere im Bereich der Fachhochschulen erkennen (vgl. hierzu Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2016)

Zu fragen ist, ob die zunehmenden (vor allem privaten) Initiativen zur Gründung von Schulen und die Entwicklung von Studiengängen als ein Hinweis auf Mängel in der Bedarfsgerechtigkeit der öffentlichen Bildungsinfrastruktur zu deuten sind. Mit einer institutionellen Heterogenisierung sind eine Reihe von Fragen verbunden, die auf die bildungspolitische Agenda der kommenden Jahre gesetzt werden müssen. Hier stellt sich beispielsweise die Frage, ob dadurch eine Dynamik freigesetzt wird, die eher zur Erweiterung von Bildungsoptionen für alle führt oder eher zu neuen sozialen Segmentationsprozessen und welche Rückwirkungen diese Dynamik auf das öffentliche Bildungssystem hat.

Migration als multidimensionale Herausforderung und Chance

Eine der größten Herausforderungen, vor denen das deutsche Bildungssystem aktuell steht, ist das Thema der Bildung und der Migration. Dies ist eng mit allen genannten Themenbereichen verbunden und zieht sich gleichfalls durch alle Etappen des Bildungsverlaufs und damit durch alle Bereiche des Bildungssystems. Trotz positiver Entwicklungen in den vergangenen Jahren sind Disparitäten aufgrund des Migrationshintergrunds nach wie vor stark ausgeprägt. Dies bezieht sich auf Partizipationsmerkmale von der frühen Bildung bis zur Weiterbildung ebenso, wie auf die Kompetenzstände bei Kindern im Vorschulalter bis hin zu den Kompetenzen im Erwachsenenalter. Migrationsmerkmale sind für sich schon äußerst heterogen und erfordern eine möglichst differenzierte Betrachtung, die aber aufgrund fehlender Daten nur in wenigen Kontexten erfolgen kann. Migrationsmerkmale wirken darüber hinaus auch nicht isoliert, sondern stehen in engem Zusammenhang mit sozialen Ungleichheiten. Eine besondere Herausforderung für das ganze Bildungssystem, auch für die nächsten Jahre, stellt die große Zahl der Schutz- und Asylsuchenden dar. Zeitlich notwendige Insellösungen, wie zum Beispiel die Einrichtung von Willkommensklassen für diese Personengruppe, sollten als Dauerperspektive vermieden werden – auch wenn sie temporär notwendig sind.

Perspektiven für den Abbau von Bildungsungleichheiten

Welche Perspektiven lassen sich aus den skizzierten Entwicklungen im Bildungssystem ableiten, wenn es darum geht, den Zugang zu inklusiver, chancengerechter und hochwertiger Bildung sicherzustellen? Dies bedeutet für Deutschland unter anderem den Abbau von sozialen und migrationsspezifischen Ungleichheiten systematisch voranzutreiben, ohne dass es dafür eine Patentlösung gibt. Auch scheint die Einsicht wichtig, dass es überall auf der Welt, in jedem Bildungssystem, Chancenungleichheiten bei der Wahrnehmung von Bildungsangeboten, dem Kompetenzerwerb und bei erzielten Abschlüssen gibt. Dennoch lassen sich konkrete Ansatzpunkte benennen, die zum Abbau von Bildungsungleichheiten beitragen können:

- Maßnahmen zum Abbau sozialer Ungleichheiten sind nicht ausschließlich dort umzusetzen, wo Ungleichheiten im System sichtbar werden, sondern beginnen mit der Erweiterung und dem Ausbau vorschulischer Bildungs- und

Betreuungsangebote im frühkindlichen Bereich. Punktuelle Veränderungen auf einzelnen Bildungsstufen allein tragen jedoch wenig zum Abbau der Ungleichheiten bei. Ein Abbau sozialer Ausgrenzung erfordert vielmehr Maßnahmen in allen Bildungsbereichen.

- Besonders sprachliche sowie weitere, für den Schuleintritt relevante Kompetenzen und Fähigkeiten, können auch außerhalb der familiären Umwelt in der frühkindlichen Erziehung gefördert und Defizite erkannt werden. Hierzu gehört zum Beispiel die Nutzung von unterschiedlichen Bildungs- und Freizeitangeboten für Kinder, auch oder vielleicht auch gerade im Vorschulalter.
- Innerhalb des Schulsystems ist die Kompensierung von Kompetenzrückständen in den Basiskompetenzen die zentrale Aufgabe für eine optimale Partizipation an den Bildungsangeboten im Schulsystem bis hin zur beruflichen Bildung. Darüber hinaus ist in der Schule nicht nur der Fokus auf kognitive Kompetenzen zu richten. Die Förderung von sozialen Kompetenzen und die Schaffung von Lernbedingungen, die die Entfaltung der eigenen Persönlichkeit ermöglichen, gehören auch zur Aufgabe einer Schule.
- Eine durchgängige sprachliche Förderung in allen Schulfächern sowie eine integrative Sprachförderung in der Berufsbildung wäre für alle jungen Menschen, egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund, wünschenswert.
- Die Umgestaltung des Unterrichtsgeschehens im Sinne einer flächendeckenden Umsetzung eines individuell fördernden Unterrichts ist eine Voraussetzung für den Abbau von herkunftsbedingten Unterschieden.
- In den letzten Jahren wurde der Ganztagsbetrieb stark ausgebaut. Künftig muss es neben dem quantitativen Ausbau auch um einen verstärkten qualitativen Ausbau im Sinne einer Entwicklung und Schärfung ganztagsschulischer Konzeptionen gehen.
- Betrachtet man allein den Mehrbedarf an Lehrkräften (das sonstige pädagogische Personal hierbei noch gar nicht mitberücksichtigt), der unter anderem aufgrund der nach Deutschland zugewanderten jungen Menschen bereits entstanden ist, aber auch künftig noch entstehen wird, sind Lösungen neben der klassischen Qualifizierung von Lehrkräften über ein Lehramtsstudium unumgänglich. Das heißt, es bedarf kreativer Ideen für die Rekrutierung des pädagogischen Personals auch jenseits der klassischen Ausbildung, bei gleichzeitiger Qualitätssicherung.
- Eine wesentliche Forderung bleibt die Öffnung des Bildungssystems und die daran gekoppelte Flexibilisierung von Bildungsverläufen, bei dem die Gestaltung von Schnittstellen individueller Bildungsverläufe, insbesondere die zwischen dem ersten allgemeinbildenden (Haupt-)Schulabschluss, Berufsvorbereitung im Übergangssystem und Berufsausbildung zentral sind.
- Eine Herausforderung für das ganze Bildungssystem stellt die große Zahl der Schutz- und Asylsuchenden dar. Die Frage der Integration in das Regelsystem lässt sich nicht einheitlich beantworten, auch gibt es keine Patentrezepte, die Herausforderungen der Integration können von Bildungsbereich zu Bildungsbereich andere sein. Je älter Kinder und Jugendliche sind, umso herauffordernder wird auch ihre Integration. Ein 18-Jähriger Jugendlicher braucht eine andere Unterstützung als ein 4-jähriges Kind. Auf jeden Fall sollten Insellösungen für diese Personengruppe als Dauerperspektive vermieden werden – auch wenn sie temporär notwendig sein können.

Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.). (2016). Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur Bildung und Migration. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag.

Kühne, S. & Kann, C. (2011). Private (Grund-)Schulen als blinder Fleck der öffentlichen Daseinsvorsorge? Regionale Analysen zu Entwicklungen in der deutschen Privatschullandschaft. Die Deutsche Schule, 104 (3), 256-278.

Impressum

Herausgeber

Deutsche UNESCO-Kommission e. V.
Colmantstraße 15
D-53115 Bonn

Vertretungsberechtigte:
Prof. Dr. Verena Metze-Mangold (Präsidentin)
Prof. Dr. Christoph Wulf (1. Vizepräsident)
Prof. Dr. Hartwig Lüdtke (2. Vizepräsident)
Dr. Roland Bernecker (Generalsekretär)
Katrin Kohl (Besondere Vertreterin gem. § 30 BGB)
Dr. Lutz Möller (Besonderer Vertreter gem. § 30 BGB)

Telefon: +49 228-60497-44

Rechtsform: Eingetragener Verein (Satzung)

Vereinssitz: Bonn, Eintragung im Vereinsregister des Amtsgerichts – Registergericht – Bonn, Registernummer: VR 4827

Redaktion

Katja Römer (verantwortlich)

Gestaltung (Template)

Panatom, Berlin

Druck

Druckerei Brandt, Bonn

Copyright

© Deutsche UNESCO-Kommission, Foto S.3: Prof. Dr. Kai Maaz © fotorismus für DIPF

www.unesco.de